

Erscheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisstraße 33.

Preis der Redaction:
Wochentlich 10 — 12 Ubr.
Mitteltags 4 — 6 Ubr.

Die Redaction erachtet es
nicht für ihre Pflicht, die Redaction nicht
verantwortlich zu machen.

Annahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Literatur an Wochentagen bis
1 Uhr Mitteltags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 1/2 Uhr.

In den Abtheilungen für Inf.-Anzeige:
Otto Kriem, Universitätsstr. 22,
Königsplatz, Rathhausstr. 18, p.
Kost bis 1/3 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Verk.-Ausgabe 16.400.

Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2 M.,
incl. Frangirgeld 5 M.,
durch die Post bezogen 6 M.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Schließen für Extrablätter
ohne Postbeförderung 30 Pf.
mit Postbeförderung 45 Pf.

Inserte 3 gesp. Petitzeile 30 Pf.
Größere Schriften laut Anzeigen-
Preisverzeichnis. — Tabellarische
Sach nach höherem Tarif.

Kleinere unter dem Redactionsschloß
die Spaltzeile 40 Pf.
Inserte sind stets an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung prosumtorende
oder durch Postvorschuß.

N^o 288.

Samstag den 19. September 1880.

74. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Von Herrn Rechtsanwalt Julius Berger hier, als Vollstrecker des Testaments der am 29. Juli ex. zu Gienburg verstorbenen Frau Henriette verwitwete Leichmann geb. Kugner, ist und unter dem 13. Id. Wis. mitgeteilt worden, daß Letztere zum Andenken an ihren Ehegatten, den vor einigen Jahren verstorbenen Herrn Provisorialdirector Wilhelm Leichmann, der Stadtgemeinde Leipzig die Summe von 15,000 M. legatweise vermacht habe, mit der Bestimmung, daß die Rinsen davon alljährlich am 12. November, als am Geburtstag des Herrn Director Leichmann, an sechs Wittwen von Lehrern an hiesigen Schulen und zwar zunächst an solche, deren verlebene Ehemänner zu der Zeit, als der Ehegatte der Stifterin Director der Leichmann'schen Schule war, hier thätig gewesen, wenn dagegen bedürftige und würdige Wittwen von solchen Lehrern nicht oder nicht in genügender Anzahl, wohl aber bedürftige und würdige Waisen solcher Lehrer vorhanden sein sollten, an diese, jedoch nur nach Stämmen, vertheilt werden sollen.

Durch diese Stiftung hat die verwitwete Heberin, deren verlebener Ehegatte in so hervorragender Weise und mit so reichem Segen sein Leben der Erziehung unserer Jugend gewidmet hat, unserm Lehrerkollegium eine bleibende Wohlthat erwiesen, und wir erfüllen daher, nachdem wir das Legat annehmen beschlossen haben, mit Freuden die Pflicht, der edlen Stifterin unsern warmsten Dank nachzurufen.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hartwig.

Keller-Vermietung.

Wir haben den Zuschlag des am 24. August d. J. zur anderweiten Vermietung vertheilten, aus 3 Abtheilungen bestehenden Kellers unter dem Vorkriegsgebäude am Raschmarkt abzugeben beschließen und entlassen daher in Gemäßheit der Vertheilungsbedingungen die Bieter hiermit ihrer Gebote.

Gleichzeitig beräumen wir zu der vom 1. October d. J. an gegen einhalbjährliche Kündigung zu erfolgenden Vermietung des bezeichneten Kellers einen anderweiten Vertheilungstermin auf

Donnerstag, den 30. d. M., Vormittags 11 Uhr
an, zu welchem Miethlustige an Rathsstelle sich einfinden und ihre Miethgebote thun wollen.
Die Vertheilungs- und Vermietungsbedingungen liegen auf dem Rathhausjante 1. Etage zur Einsichtnahme aus.
Leipzig, am 17. September 1880.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stöß.

Bekanntmachung.

Wegen des Einbaues einer Schleuse wird die Vorhängstraße auf der Strecke von der II. Bürgerstraße bis zur Gumboldstraße vom 21. d. M. ab bis zur Fertigstellung der Arbeiten für den Fahrverkehr gesperrt.

Leipzig, den 17. September 1880.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hartwig.

Königliche Akademie der bildenden Künste und Kunstgewerbeschule zu Leipzig.

Die Studien im Winterhalbjahre 1880/81 beginnen:
Freitag den 1. October cr.
die Tagescurse früh 8 Uhr,
die Abendcurse um 5 Uhr.

Der Lehrplan umfaßt alle Unterrichtsgebiete des Kunstgewerbes.
Nachdem das Hohe Königliche Ministerium des Innern in Würdigung des aus den örtlichen Verhältnissen sich ergebenden Bedürfnisses die Vertheilung größerer Studierräume genehmigt hat, ist neben dem theoretischen Unterricht durch Einrichtung von Lehrwerkstätten für die verschiedenen Kunst- und Kunstgewerbegebiete zugleich die praktische Ausbildung ermöglicht.

Anmeldungen zur Aufnahme sind in der Zeit vom 13. bis 25. September c. in der Expedition der Königlichen Kunstakademie, westlicher Flügel der Pleißenburg, II. Etage, Nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr zu bewirken.

Leipzig, am 29. August 1880.
Der Director
der Königlichen Akademie der bildenden Künste und Kunstgewerbeschule.
Rieper.

Die Ministerkrisis in Frankreich.

Der Telegraph kann und jede Stunde über die Resultate der Ministerberatungen unterrichten, welche zu Paris seit zwei Tagen stattfinden und die über die Ausführung der sogenannten Märzdecrete d. h. über die Handhabung der Odensgesetzgebung entscheidend sein werden. Die Lage in Frankreich hat sich derart gestaltet, daß es sich dabei um den Bestand des Cabinets Freycinet und um die Möglichkeit handelt, daß Gambetta diesen maßvollen und einsichtigen Staatsmann in der Ministerpräsidentenschaft ersetze.

Die Erbitterung gegen den von Mac Mahon j. J. protegirten Ultramontanismus ist gegenwärtig in Frankreich sehr groß. Man erkannte mit Recht in seinem Anwachsen legitime und orleanistische Triebfedern, deren Kräfte sich gegen die republikanische Staatsform, überhaupt gegen die ruhige Entwicklung des Landes lehren und allerlei Unheil heraufbeschwören könnten. Es mag um ein Näheres auf diese Verhältnisse gestattet sein. Man erinnere sich doch nur des ungeheuren Jubels, den im März das endlich entschlossene Vorgehen der Regierung gegen die unbotmäßigen Orden überall in Frankreich erregte. Er war der Ausdruck der Ueberzeugung, daß erst jetzt die Republik gesichert sei, nachdem den Reactionen der Jesuiten eine Schranke gesetzt worden. Ihre Wählerkreise waren überall im Spiele, wenn in Frankreich ein selbständiges Regiment gestiftet wurde, und sie hätten sich auch sicher bei günstiger Gelegenheit gegen die bestehende Republik thätig erwiesen, wenn man diesen Finsterlingen den Einfluß auf das Volk nicht entzogen hätte.

In Paris bestrichete man freilich, daß sich das platte Land unzufrieden erklären könne und ultramontaner Theil trage; aber das gerade Gegenteil trat ein. In den Generalratswahlen demonstirte ganz Frankreich auf die Märzdecrete so republikanisch, ja radical, wie selbst der optimistische Republikaner es nicht erwartet hatte. Man konnte in dem Ausfall der Generalratswahlen unmöglich etwas Anderes erblicken, als die vollste Zustimmung des französischen Volkes zu Allem, was die jetzige Regierung zur Sicherung der Republik gethan hatte, und die Auffor-

derung, das in Angriff genommene Werk mit unentwegter Entschlossenheit fortzusetzen.

Und da kommt nun auf einmal die Nachricht, daß die Regierung und speziell Herr v. Freycinet geneigt sei, auf eine intrigant zweideutige Erklärung der Ordensvorstände hin, die Ausführung der Decrete einzustellen und dem pfälzischen Treiben den ihnen glücklicherweise abgeronnenen Boden wieder frei zu geben. Natürlich erregte diese Wendung Stunnen und die heftigste Opposition. Und in der That, man braucht nicht gerade für Gambetta Partei zu nehmen, um Erbitterung gegen eine Unentschlossenheit zu empfinden, die eine wirksame Waffe gegen einen gefährlichen, kaum zu Boden gemordenen Feind bei Seite schiebt und demselben gestattet, von Neuem sich aufzuraffen und zum Angriff überzugehen.

Wie unseren Lesern erinnerlich, hatte sich Freycinet schon im März in der Ordensfrage vielfach schwankend und verzoget gezeigt, aber sich endlich, als er rings um sich entschlossene Energie vorfand, ebenfalls zu energischem Handeln aufgerafft. Er hat jetzt vielleicht einen Rückfall in seine Schwächheit von damals gethan, aber dieser Vaterlandsfeind wird voranschreiten an dem Ufer, den er selbst gegen die Umtriebe der Curie erregt hat, erkennen, daß hier ein Fehler vor ihm begangen ist. Indessen, wie damals wird er auch diesmal an dem festen Willen seiner Umgebung und des Volkes die eigene Festigkeit zurückgewinnen. Das glauben wir; zumal jene Erklärung bis heute fast nur von den Nonnenorden abgegeben worden ist, während namentlich die jesuitischen Ordensvorstände sie nicht abgaben und dadurch bewiesen haben, daß sie selbst den so billig zu erlaufenden Frieden nicht wollen.

Wenn der leitende Staatsmann Frankreichs diese Wendung vollzieht — und der erwähnte Minister-rath unter dem Vorsitze Grevy's wird dazu wohl das seine beitragen — so ist seine Stellung durchaus nicht erschüttert. Am wenigsten aber ist sie compromittirt durch seine Friedensliebe, die, wie man in Frankreich sehr gut weiß, ihm die Achtung und seiner Regierung das Wohlwollen des Auslandes, mit Ausnahme vielleicht von Rußland, eingetragen. Wir haben volles Vertrauen in die Erhaltung des Friedens, so lange ein Mann wie Freycinet die Geschicke Frankreichs leitet.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 18. September.

Die secessionistische Bewegung scheint bereits ihre Grenze gefunden zu haben. Da es ist sogar auf einen Rückgang der neuen Gruppe zu schließen, wenn der Umstand ins Gewicht fällt, daß die Hauptblätter der Seceffion ins Schwanken geraten und auf dem besten Wege sind, zur nationalliberalen Partei zurückzukehren. Der erste Cien dieser Tagesorgane erschien demnach als eine Uebersetzung, die man gern wieder gutmachen möchte. Das gilt namentlich von dem Norddeutschen Deutschlands. In der sächsischen Presse hat das Vorgehen der Abtrünnigen der Partei eine ganz überwiegend verurtheilende Kritik gefunden. Gegenüber den zustimmenden Erklärungen aus norddeutschen „Wahlkreisen“, die wir in der fortgeschrittenen Presse sorgsam registriert finden, können wir es uns nicht verlagern, auf eine sehr ruhig und objectiv gehaltene Betrachtung aufmerksam zu machen, die wir in einer Zeitschrift an die „Rheinische Zeitung“ lesen. Es heißt dort u. A.:

Die Ausgetretenen schmeicheln sich mit der Voraussetzung, ihre Austrittserklärung habe einen günstigen Eindruck im Lande hervorgerufen; das ist wohl möglich, es fragt sich nur: günstig bei wem? bei allen Richtliberalen oder Ueberliberalen ohne Zweifel, aber nicht bei uns. Das sagen wir, obgleich wir mit dem kundgegebenen Programm dieser Partei ganz einverstanden sind, die ausgesprochenen Ziele sind auch die unsrigen; aber nicht einverstanden sind wir mit dem Thun dieser Herren. Können dieselben doch die Abstimmungen ihrer Uebersetzung folgen, auch wenn nicht alle bisherigen Parteigenossen überall bestimmten. Wir sehen nicht ein, warum es nöthig war, um die bezeichneten politischen Ziele zu erreichen, die eigene Partei voll Born in Trümmern zu schlagen zur Freude aller Richtliberalen und zur Verhärtung der Wacht der Segner. Warum haben die Separatisten nicht auch auf Das, was die Partei noch immer gemeinsam hatte, warum nur auf Das, was sie trennt? jama da es sich eigentlich nicht um politische, sondern vielmehr nur um volkswirtschaftlich verschiedene Anschauungen handelte. Der Unterschied lag nicht in den Grundgedanken und politischen Anschauungen der nationalliberalen Partei, sondern nur in der verschiedenen Meinung von dem Wege zum Ziele. Nach unserer Meinung haben die Separatisten oder Seceffionisten gerade den Weg eingeschlagen, der von jenen liberalen Zielen abführt.

Die Schwäche der secessionistischen Bewegung wird auch von der „Rheinischen Zeitung“ in Betracht gezogen. Das rheinische Blatt schreibt:

Kaum sind vierzehn Tage seit Veröffentlichung der Erklärung der 28 Seceffionisten verfloßen und schon ist deren Stellung eine vollständig veränderte. Siegesgewiß, trotz, angreifend, sogen sie aus und heute schon sind sie in eine Verteidigungsposition gedrängt. Zustimmungen kamen nur aus wenigen, den persönlichen Einflüssen der Redner unterliegenden Wahlkreisen; keine weitere Beitrittserklärung, keine Prästimmen, außer den vorher für den einleitenden Angriff auf die alten Freunde schon gewonnenen, verhärteten die Reihen. Ein Umanhand gewinnt immer mehr an Bedeutung. Außerhalb Preußens ist den Seceffionisten keine Zustimmung geworden und innerhalb Preußens fast nur aus dem Osten, dem alten Preußen. Der ganze Westen, Sachsen, Bayern, Baden, Württemberg wollen von der Seceffion und dem phrasenreichen „wirklichen Liberalismus“ nichts wissen, sie wollen im alten Fraktionverbande bleiben. Diese Ablehnung, zusammengefaßt mit dem Umstande, daß ein Vorgehen in der preussischen Volksvertretung, der Streit um preussische Landesgesetze, als Grund und Ursache der Seceffion angegeben wird, treibt die ganze Seceffion in einen äußerlichen Ansehen von preussischem Particularismus hinein, mag sie sich auch „deutschliberal“ nennen. Die erste Blüthe der neuen Partei hängt denn auch bereits an zu büßen. Es ist die Magdeburger Candidatur Kaster's gegen den nationalliberalen Bismann. In Magdeburg und überhaupt bei Landtagswahlen mag die Gefahr nicht allzu groß sein. Aber bei den Reichstagswahlen wird der laubende Dreibei bei dem Streit zwischen Nationalliberalen und Kaiserianern nicht fehlen.

Auch die „Nationalliberale Correspondenz“ kommt auf die sich in Magdeburg vollziehende fortschrittlich-„deutschliberale“ Wahlverbrüderung zu sprechen. Das genannte Parteiblatt charakterisirt diese Vorgänge in der folgenden schlagenden Weise: „Selten wohl hat eine Wahlwahl so viel Interesse erregt, wie die demnächst in Magdeburg stattfindende Wahl zum preussischen Abgeordnetenhaus an Stelle v. Schell's, der sein Mandat niedergelegt hat. Was der Wahl ein so besonderes Interesse verleiht, ist einmal die Persönlichkeit des einen Candidaten, Kaster, der jetzt zum dritten Mal im Wahlkampf um einen Sitz im Abgeordnetenhaus steht, sodann aber die gährende Bewegung innerhalb der liberalen Parteien, in welche diese Wahl hineinfällt. Die neue liberale Gruppe hält hier gewissermaßen eine Kraftprobe ab auf einem durch die Unterstützung der Fort-

schrittspartei für sie nicht ganz unglücklichen Boden. Wir hoffen, das Beispiel, welches jetzt die Magdeburger Wahl giebt, wird nicht Vorbildlich für die bevorstehenden allgemeinen Wahlen sein. Die Fortschrittspartei pflegt ihre Dienste nicht umsonst zu leisten. Für die Unterstützung, die sie an dem einen Orte gewährt, wird sie Gegenleistungen an zwei anderen verlangen, und wir müßten uns, wenn das Magdeburger Beispiel weiter verfolgt wird, darauf gefaßt machen, in vielen alt-nationalliberalen Wahlkreisen die Fortschrittspartei und die ausgeschiedenen früheren Nationalliberalen gemeinsam gegen die bisherigen Vertreter oder ihre gesinnungsverwandten Nachfolger operieren zu sehen. Das stimmt nicht recht mit der Haltung, welche die früheren Mitglieder unserer Partei bei ihrem Ausscheiden einnehmen zu wollen erklärten. Eine sehr erfreuliche Aussicht auf die Haltung der nach links stehenden Liberalen bei den nächsten allgemeinen Wahlen eröffnet der Vorgang in Magdeburg sonach gerade nicht. Die Deputation der Magdeburger Wahlmänner, welche die Wahl Kaster's betreiben, hat sich vorher bei Eugen Richter Rath's erholt; wir fürchten, derselbe wird auch in weiteren Fällen die Parole ausgeben, und es braucht nicht erörtert zu werden, zu wessen Nutzen, wenn das erste Beispiel fortschrittlich-„deutschliberaler“ Wahlverbrüderung weitere Nachahmung findet.“

Die Uebernahme des preussischen Ministeriums für Handel und Gewerbe durch den Reichskanzler hat sowohl in der deutschen als in der ausländischen Presse sehr widersprechende Beurtheilungen erfahren. Man wird indessen billigerweise mit Kritik und Urtheilen zurückhalten müssen, bis die Studien über gewerbe- und socialpolitische Fragen, die den künftigen Bismard neuerdings besonders lebhaft beschäftigen und ihn zur Uebernahme des Handelsministeriums vorzugsweise bewegen haben sollen, sich zu concreten Vorschlägen verdichtet haben werden. Die Beforgnis liegt aber allerdings nahe, daß bei dem weiteren Vorgehen auf diesem geschäftlichen Gebiet die conservativ-liberale Majorität wieder einmal zum Vorschein kommt. Zur Sache wird uns noch aus Berlin geschrieben:

In dem Personal des preussischen Handelsministeriums betrachtet man den Fürsten Bismard durchaus nicht als nur provisorischen Chef. Vielmehr sieht man es dort als gewiß an, daß die Uebertragung des Ministeriums auf den Reichskanzler dazu dienen soll, das preussische Reform als Angriffspunkt zu benutzen, um in die Abneigung der noch aus Delbrück's Kreta stammenden Weheimüthe des Reichsamtes des Innern gegen Zwangsversicherungen und Zwangsankalten Breche zu legen. Ist es doch eine kühne Klage des Reichskanzlers, daß die Reichspolitik durch den preussischen Ressortparticularismus gehemmt werde. Es bleibt aber dabei immer dunkel, warum der für die neue Wirtschaftspolitik besterprobt Herr von Bötticher nicht zuverlässig genug erschienen sein sollte, jene Aufgabe als Nachfolger des Herrn Hofmann auch in dem preussischen Ressort zu übernehmen, und die einzige Erklärung ist zuletzt die, daß die Absicht im Hintergrunde liegt, nach Erreichung des nächsten politischen Zweckes das aus dem Ressort der öffentlichen Arbeiten wieder zu veräußernde Handelsressort einem besonderen Minister zu übertragen.

Wir geben schließlich noch eine Correspondenz der „R. Z.“ aus Berlin wieder, welche die vorstehend erwähnten Vorgänge wie folgt schildert:

Das Ereignis des Tages ist noch immer die Ernennung des Fürsten Bismard zum Minister für Handel und Gewerbe. Diese Ernennung ist ein Widerspruch mit den Ansichten der Regierung, wie der frühere Handelsminister Hofmann sie vorgetragen hat. Er setzte aus einander, daß der Natur der Sache nach das Reichamt des Innern verbunden sein müsse mit dem preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe. Jetzt hat aber Herr von Bötticher das Reichamt bekommen, ohne das entsprechende preussische Ministerium. Man erklärt sich das allgemein dahin, daß Fürst Bismard wichtige Dinge im Handelsministerium vorhaben und dabei unmittelbar eingreifen wolle. In der That, die man von ihm erwartet, gehört besonders ein Gesetz über die Innungen, die er in gewisser Weise wieder einführen möchte. Eine von Herrn Hofmann ausgearbeitete Vorlage über die Innungen ertrug sich so wenig seines Beifalls, daß er Herrn Hofmann einen durchaus nicht verbindlichen Brief schrieb, welcher diesem die Ueberzeugung beibrachte, daß seine bisherige Stellung nicht mehr haltbar sei. Er hat deshalb den Posten im Reichslande angenommen, wo er denn freilich unter den gegenwärtigen Umständen auch nicht auf Rosen gebettet sein wird. Andere sagen, Fürst Bismard gebe seit lange mit dem Gedanken um, das Versicherungswesen umzugestalten, und endlich wird behauptet, er wolle den vielbesprochenen volkswirtschaftlichen Senat einführen.

Berliner Blätter erfahren, daß eine so große Reihe von Verwaltungs-Angelegenheiten den Bundesrath erwartet, daß derselbe sofort nach Inangriffnahme seiner Arbeiten auf mehrere Wochen hin angestrengt beschäftigt sein wird. Aus diesem Grunde werden auch, wie officiell verlautet, die